

## Textarchiv

### Bauruine mit Aufzug

Die Kosten für das neue Kreuzberger Jugendamt sind von 90 000 auf 1,4 Millionen Euro gestiegen  
Karin Schmidl

Am Klingelschild steht "Tiefbauamt". Doch das ist schon vor eineinhalb Jahren ausgezogen. Der Dreigeschosser an der Schöneberger Straße/Ecke Hallesches Ufer in Kreuzberg steht leer, ein Bauzaun versperrt den Zugang. Buntes Weinlaub rankt an staubigen Fenstern hoch. Ein Gerüst umhüllt einen neuen, gläsernen Aufzug. Farbeimer und Reste alter Fußbodenbeläge stapeln sich. Doch die Baustelle ist seit Wochen verlassen. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat die Arbeiten gestoppt, nachdem die Kosten auf das 16-fache gestiegen sind.

Dabei hatte alles so gut begonnen. Das bezirkseigene Bürohaus wurde zum neuen Domizil für 46 Mitarbeiter des Jugendamtes bestimmt. Der Umbau sollte 90 000 Euro kosten. Aus seinen derzeitigen Büros muss das Jugendamt raus, weil das Haus an der Oranienstraße verkauft wurde. Am Halleschen Ufer müssten lediglich die Räume gestrichen und ein Aufzug eingebaut werden, um behindertenfreundlich zu werden, sagten Ende 2007 Experten des Bauamtes. Eine billigere Alternative gab es nicht, also wurde der Umzug beschlossen. Doch aus dem Traum vom preiswerten Umbau wurde ein Albtraum: Statt 90 000 Euro soll die Aktion jetzt gut 1,4 Millionen Euro kosten.

Ein Desaster nennt das die SPD, die sich im Bezirk, der von Grünen und Linken regiert wird, als Opposition versteht. Tatsächlich basiert die erste Kostenrechnung auf einer "Grob-schätzung", wie Baustadträtin Jutta Kalepky (für Grüne) einräumt. Man habe Anzahl und Größe der Büros mit der Zahl der künftigen Nutzer abgeglichen. Eine "Feinplanung" habe es erst später gegeben. Das heißt, erst als der Umzug feststand, guckten sich Bauexperten das Gebäude genauer an. Und stimmten sich Bau- und Jugendamt darüber ab, welche Büros gebraucht werden. Für die Baustadträtin sind dies "verwaltungstypische Abläufe". Im Sommer 2008 beliefen sich die Umbaukosten auf 535 000 Euro. Der Grund: Schadstoffe müssen entsorgt, Heizungs- und Sanitäranlagen sowie die Elektrik modernisiert werden. Auch Wände sollen verrückt werden, etwa um Räume für diskrete Familienberatungen zu haben.

Trotz des Kostenanstiegs wurde fleißig weiter geplant. Die Bauarbeiten wurden ausgeschrieben, im Frühjahr dieses Jahres begann eine Firma mit dem Schacht für den Aufzug. Die Baustadträtin verteidigt dies: "Der Aufzug war unstrittig, seine Kosten standen ja von Anfang an fest." Zusätzlich wurde Geld aus dem Konjunkturprogramm II beantragt; 580 000 Euro für die energetische Sanierung wurden bewilligt. Doch die Kosten stiegen weiter. Kalepky: "Bei Bohrungen stellten Arbeiter zufällig fest, dass alle Decken im Haus falsch befestigt sind." Ein Baufehler, dessen Beseitigung noch mal 339 000 Euro kosten soll.

Das war schließlich dem Bezirksamt zu viel, die Arbeiten wurden erst mal gestoppt. Seitdem steht das Haus als Bauruine mit gläsernem Aufzug da.

Bernd Kochendörfer ist Professor an der TU Berlin, er bildet Bauingenieure aus. Die Kostenexplosion von Kreuzberg ist für ihn unvorstellbar: "Bevor ich ein Haus umbauere, muss ich die Gebäudesubstanz und die Anforderungen der Nutzer sorgfältig prüfen", sagt er. Schon im ersten Semester lernten seine Studenten, dass man erst danach seriös Kosten nennen könne. Und, so der Professor: "Für 90 000 Euro kriegt man nicht mal eine Pinselsanierung hin."

Der Bürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, Franz Schulz (Grüne), sieht sich in einer heiklen Lage. "Eine Debatte um ungewöhnliche Kostensteigerungen in Zeiten elementarer Haushaltsnotlage ist nicht gerade förderlich", sagt er. Niemand könne verstehen, dass sein Bezirk zusätzliches Geld braucht, wenn er gleichzeitig mit Steuergeld schlecht umgehe. Bis Ende Oktober will er ausrechnen lassen, ob es nicht doch eine preiswertere Alternative zum Standort Hallesches Ufer gibt. Aber auch wenn dort nicht weitergebaut wird, wird es für den Bezirk teuer: Baufirmen können mindestens 356 000 Euro Schadensersatz einklagen, weil sie Verträge haben. Und das Geld aus dem Konjunkturprogramm wäre weg, weil es nicht rechtzeitig in andere Projekte umzuleiten ist.

---

#### Das Millionenprojekt

Das Bürogebäude an der Ecke Schöneberger Straße/Hallesches Ufer wurde 1954 gebaut. Seit den 1970er-Jahren saß in dem Dreigeschosser das Tiefbauamt Kreuzberg. Anfang 2008 zog das Amt an die Frankfurter Allee in Friedrichshain.

Die 46 Mitarbeiter des Jugendamtes sollen in das rund 1 000 Quadratmeter große Haus ziehen. Der Umbau von Alternativstandorten sei teurer, hieß es 2007. Im Frühjahr 2009 begann die Sanierung. Sie wurde im August vorerst gestoppt.

